

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für W. Bad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis für den Monat Februar Mark 13.00.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innereutschen Verkehr 13.00.— zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 50 Mt. u. Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Reutlingen, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discoutoges., Zweigst. Waldbad.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Beitzelle oder deren
Raum Mt. 80.—, auswärts Mt. 90.—, u. Reklame-
zelle 220 Mt. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 10 Mt. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vorabends. In Konfurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachahrgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Waldbad.

Nummer 39

Februar 1923

Waldbad, Freitag, den 16. Februar 1923

Februar 1923

58. Jahrgang

Zeichnet für die „Schwäbische Ruhrhilfe“!

Französischer Staatshaushalt und Ruhrbesetzung

Der französische Haushalt in seiner zurechtgestellten Form berechnet für 1923 den Fehlbetrag auf nur 3,8 bzw. 3,9 Milliarden Franken. Der Hauptberichterstatler veranschlagt für 1923 die Einnahmen auf 19,2 Milliarden Franken, die Summe der Ausgaben auf 50,8 Milliarden Franken. Es ergibt sich also nach der Berechnung ein Fehlbetrag von 31,6 Milliarden. Mehr als die Hälfte der Einnahmen (11,5 Milliarden) wird allein durch die Verzinsung der schwebenden Schuld aufgezehrt, die am 31. Mai 1921 297 Milliarden Franken, am 31. August 337 Milliarden Franken betrug. Die Täuschung, wie sie im zurechtgestellten amtlichen Haushaltsplan verbürgt wird, beruht u. a. auf der Einrichtung eines besonders „Haushalts der rückzahlbaren Vorschüsse“. Darin ist alles enthalten, was Deutschland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags — zu zahlen hätte, die Kriegspensionen und die Wiederaufbaukosten in den zerstörten Gebieten. Wieviel von dem, was man nicht so recht bestimmen konnte, in diesen Haushalt hineingerechnet wurde, entzieht sich einer ausführlichen Erörterung. Der Name dieses Haushalts soll besagen, daß theoretisch Deutschland zum Ersatz dieser Ausgaben verpflichtet sei: Deutschland bezahlt alles. Der französische Staat hat, nach französischer Ausdrucksweise, damit dem Deutschen Reich „Vorschüsse“ vorgestreckt. Glaubt die französische Regierung durch die weitere Zerrüttung unserer Wirtschaftskraft an der Ruhr die Aussicht auf baldige Wiedererstattung dieser Vorschüsse, die sowieso in weiter Ferne lag, beschleunigt zu haben? Dieser besondere Haushalt beläuft sich auf 10,1 Milliarden Franken ungedeckter Ausgaben. Ferner sind als ungedeckte Ausgaben zu betrachten die 12 Millionen Franken, die unter dem Titel der sogenannten „Spezialkonten“ laufen. Es handelt sich hier um eine künstliche Verrechnungstechnik von Zahlungen an sogenannte „Beschädigten-Verbände“, die Entschädigungen an Kriegsbeschädigte vorzusehen mußten. In der Berechnung sind keine Posten für die Tilgung und Verzinsung der auswärtigen Schulden Frankreichs enthalten. Dabei betragen die Schulden an Amerika 3,6 Milliarden Dollar, an England 550 Millionen Pfund Sterling, die auswärtigen Schulden insgesamt 86,4 Milliarden Goldfranken. In Frankreich denkt man offenbar vorläufig gar nicht daran, diese Schulden ernstlich in Rechnung zu stellen, obwohl diese Frage angesichts der Tatsache brennend werden könnte, daß England seinerseits mit Amerika zu einem Abkommen über die Rückzahlung seiner Schulden gelangt ist.

Von der Opposition wurde gefordert, daß der Haushalt des Heers und der Marine beschnitten werden sollte. An Heeresausgaben sind für 1923 angefordert 3,7 Milliarden Franken (ein Drittel der gesamten für Verwaltungszwecke vorgesehenen 11,5 Milliarden des Voranschlags für 1923). Das Ruhrunternehmen kann aus diesen Mitteln nicht gedeckt werden, neue Milliarden müssen herangeholt werden. Poincaré hat einen kleinen Anfang damit gemacht, daß er einen außerordentlichen Kredit von 45 Millionen Papierfranken für Januar und Februar angekündigt hat; Fachmänner schätzen die Kosten schon jetzt auf über eine halbe Milliarde Franken. Frankreich wird aber eine noch weit größere Anzahl von Mannschaften mit einem entsprechenden Kostenaufwand auf die Beine bringen müssen, um nach außen hin beweisen zu können, daß es tatsächlich doch ein paar Kohlenzüge aus dem Ruhrgebiet abzuführen in der Lage sei. Diese Kohlenmengen werden natürlich auch bei einem noch so großen Aufgebot von Menschen für Frankreich wirtschaftliche Ausbeute nicht ins Gewicht fallen. Es wird dabei bleiben: solange die Ruhrbesetzung und damit der deutsche Widerstand anhält, muß Frankreich auf die monatliche Gratislieferung von 1,2 Millionen Tonnen Wiederherstellungskosten und -Kost verzichten. Das System der Kohlenverbilligung auf dem Weg der Preisausgleichung stockt, und damit stockt auch die französische Preisunterbückung gegenüber der englischen und amerikanischen Eisenindustrie. Es werden auf alle Fälle sehr teure Kohlen werden, die sich Frankreich aus dem Ruhrgebiet holen will. Ihr Preis wird den Weltmarktpreis zum mindesten weit übersteigen. Da-

Tagespiegel

Nachrichten aus Adrianopel zufolge sollen die türkischen Behörden der griechischen Zivilbevölkerung befohlen haben, die Stadt zu verlassen. Aus Osttrajzen sollen starke Truppenabteilungen im Anmarsch sein.

durch muß ein schwerer Erzeugungs- und Ausfuhrückgang und damit eine Verschlechterung der französischen Zahlungsbilanz und eine Verringerung der französischen Steuerkraft entstehen. Frankreich wird vor allem auf Kohlen aus England angewiesen sein, was gleichfalls eine Verschlechterung der Handels- und Zahlungsbilanz und eine unmittelbare Verschlechterung des Frankenturfs zur Folge haben muß. Diese beiden Folgerungen sind zum Teil schon eingetreten, und ihre Wirkung auf die Bewertung des Franken in einem Umfang, wie er zur Ernüchterung des französischen Volks notwendig ist, kann bei einem genügend langen Widerstand auf deutscher Seite nicht ausbleiben.

In einem Punkt war bisher die französische Finanzlage der Lage Deutschlands ganz unverhältnismäßig überlegen gewesen, in dem Ausmaß der Notenausgabe. Die französische Volkswirtschaft hat bisher genügend Reserven besessen, um die schwebende Schuld des Staats und die vom Staat garantierten Schulden der sogenannten „Spezialkonten“ aufzunehmen. Die französische Regierung hat sich bisher noch nicht mit ihren Schatzwechseln an die Notenbank wenden müssen; sie ließ ja auch eben wieder eine Anleihe von 13 Milliarden auslegen. Diese Aufnahmefähigkeit und Aufnahmewilligkeit der französischen Volkswirtschaft, vor allem der Landwirtschaft, dürfte aber am Ende anlangen, wenn der Glaube an die Sicherheit der Staatsfinanzen erschüttert wird, was die Folge der jetzigen Zustände sein muß. Als Folge der verfehlten Entscheidungspolitik wird das französische Volk seinerseits all das verspüren müssen, was wir alles schon zu leiden hatten. Und je länger die Ruhrbesetzung dauert, desto lawinenartiger wird die Notenausgabe, die Kapitalflucht und das Sinken des Frankenturfs sich auswirken, genau wie in Deutschland. Das französische Volk wird dann auch wissen, wen es die Schuld daran zuschreiben hat. Frankreich, das immer noch gehofft hatte, eines schönen Tages seine Währung wieder auf pari bringen zu können, hat währungspolitisch viel, ja alles zu verlieren. Unser Risiko sieht sich zahlenmäßig vorläufig allerdings ganz ungeheuerlich an, aber die volkswirtschaftliche Wirkung der Marktschwankung ist heute für uns in diesem Kampf um unser ganzes Dasein von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung.

Paris, 15. Febr. Der Finanzminister hat auf Anfrage erklärt, die Besetzung des Ruhrgebiets werde dem französischen Haushalt monatlich etwa 40 Millionen Franken kosten. Die „Deuvre“ glaubt, daß das viel zu niedrig gegriffen sei. Zu diesen 40 Millionen müsse man den Preis der achtzehnmonatigen Dienstleistungen hinzufügen, die durch die Besetzung unvermeidlich geworden sei. Diese Mehrkosten würden sich nach der Berechnung des Senators René Renoult auf 275 Millionen Franken belaufen. Im ganzen werde der französische Staat also mindestens 750 Millionen Franken auszugeben haben, wenn die Besetzung andauere.

Wilson's Geographie

Ueber die moralische Befähigung des amerikanischen Ex-präsidenten für seine Rolle als Schlichter der Welt, die er bei den Friedensverhandlungen mit so kläglichem Erfolg zu spielen suchte, besteht heute kaum noch irgendwelche Unklarheit. Daß diese moralische Begabung begleitet war von dem nötigen Mangel an Kenntnissen, namentlich auf geographischem und ethnologischen Gebiete, wissen wir aus mancherlei Indiskretionen seiner Vertrauten und seiner Mitarbeiter. Daß er selbst aber wiederholt seine geographischen Unkenntnisse öffentlich ins rechte Licht gerückt hat, ist weiteren Kreisen bisher noch unbekannt. Die „Süddeutschen Monatshefte“, die im literarischen Kampf gegen Schuldlose und Versailler Diktat in vorderster Front stehen, und die auch ihr Februarheft wieder in ausgezeichnete Weise diesem

Kampfe widmen, erinnern an diese Tatsache zur höheren Ehre Wilsons:

Im September 1919, also nachdem er den Vertrag von Versailles mitverfertigt hatte, sprach Präsident Wilson in zahlreichen amerikanischen Städten, um das amerikanische Volk für den Versailler „Vertrag“ und den „Völkerbund“ zu gewinnen.

In all diesen Reden (wir folgen der Zusammenfassung in dem Buch von Wilsons früherem vertrauten Freunde und Berater Dr. Hale, The story of a style, New York, 1920) bezeichnete er stets Serajewo als eine Stadt in Serbien, wußte also nicht, daß der österreichische Thronfolger auf österreichischem Gebiet ermordet war. Daß der österreichische Thronfolger in Serbien ermordet worden sei, glaubte Wilson auf seiner ganzen langen Vortragsreise und vielleicht glaubt er es noch heute. Er legt in zahlreichen Reden besonderes Gewicht auf die Tatsache, daß die österreichisch-ungarische Regierung wegen eines in Serbien begangenen Verbrechens vorgegangen sei.

In St. Louis erklärte Wilson am 5. September 1919: „Was war die alte Formel der Unbesonnenheit? War sie nicht von Bremen bis Bagdad? Nun sehen sie auf die Karte, was liegt heute zwischen Bremen und Bagdad? Nach Deutschland kommt Polen. Da ist Böhmen, das wir zur Tschechoslowakei gemacht haben, dann Ungarn, das wir von Österreich getrennt haben, und das keinen Anteil mehr an Österreichs Stärke hat, dann Rumänien, dann Jugoslawien dann die zusammengebrochene Türkei und dann Persien und Bagdad.“

Diese Beschreibung des Weges von Bremen nach Bagdad gab Wilson, nachdem er Europa mit aufgeteilt hatte. Seine Vorstellung von der Lage Bagdads verrät er noch genauer in der Rede von Des Moines, wo er von dem alldutschen Plan spricht, Bremen an der Nordsee mit Bagdad in Persien zu verbinden. Nach den Presseberichten über diese Rede in Des Moines enthielt sie noch eine weitere bemerkenswerte, geographische Meinung, indem der Mitredner des Versailler Vertrages und Mitverfasser Europas von Prag als der Hauptstadt Polens sprach. Geirönt wurde diese Rederei, auf der der Präsident außer der Angabe, daß Bremen an der Nordsee liegt, kaum jemals ein wahres Wort gesprochen hat, durch die Rede in St. Francisco:

„Der Versailler Kongress hat eine neue Welt von Schönheit und Ordnung geschaffen. Ein Glanz von tiefem Verständnis menschlicher Angelegenheiten strahlt über den Beratungen dieses Kongresses, wie er niemals über die Beratungen irgendeiner anderen internationalen Konferenz in der Weltgeschichte getrahlt hat.“ Durch diese Aeußerungen tritt Wilson bei Aufstellung eines Weltrechts für Verlogenheit in ersten Wettbewerb mit Kurt Eisner.

Das neue Kohlensteuergesetz

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Kohlensteuergesetzes, der aus Anlaß der am 31. März ablaufenden Gültigkeitsdauer des bisherigen Gesetzes vorgelegt ist. Es wurde anerkannt, daß die Kohlensteuer als Belastung der Ruhrproduktion durch die Gesamtwirtschaft durch ihren Einfluß auf alle Produktionsmittel und die Frachten der zum Verbrauch gelangenden Produkte vervielfacht trifft. Daraus wurde gefolgert, daß die Steuer bei einem wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand unter gleichzeitiger Angleichung des Inlandpreises an den Weltmarktpreis nicht aufrecht erhalten werden kann. Unter dem Vorbehalt dieser grundsätzlichen Stellungnahme wurde dennoch dem Entwurf zugestimmt, doch würde seine Befristung auf ein Jahr, also bis zum 31. März 1924, vorgelesen. Bei der Erörterung der Kohlenpreise wurde festgestellt, daß der Preis im Kleinverlauf meistens bis 200 Prozent Zuschlag zu den Zechenpreisen beträgt. Der hohe Zuschlag ist zum Teil auf die Frachten, zum andern auf den Zwischenhandel zurückzuführen. Daher wurde ange-regt, den Weg von der Erzeugungsstätte zum Verbraucher möglichst zu verkürzen. Doch wurde behauptet, daß die Kohlen heute meistens nur durch je einen Großhändler und Klein-händler an den Verbraucher gehen. Schließlich wurde folgende Entschlieung angenommen: Indem der Wirtschaftspolitische Ausschuss dem Entwurf eines Kohlensteuergesetzes zustimmt, gibt er der Erwartung Ausdruck, daß der notleidenden Volksklasse, besonders den Sozial- und Kleinrentnern, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, den Arbeitslosen sowie auch den gemeinnützigen Krankenhäusern und den öffentlichen Schulen der Hausbrand wesentlich verbilligt bezogen sein bezogen erleichtert wird.

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. Februar.

In der gestrigen Sitzung teilte Präsident Löbe mit, daß Abg. Bogt her auf dem Heimweg vom Reichstag einem Schlaganfall erlegen ist. Das Haus nimmt eine Entschliebung an, daß die Erwerbslosenunterstützung für eine männliche Person auf 1500 M täglich, unter 21 Jahren 1100 M, die Familienzulage für Ehegatten auf 800 und für Kinder und unterstützungsberechtigte Personen auf 600 M erhöht werden soll.

Darauf wird nach unerheblicher Aussprache, in der Reichsjustizminister Dr. Heinze die Notwendigkeit der Aenderung der Bestimmungen über die Anlage der Mündelvermögen anerkennt, der Haushalt des Justizministeriums bewilligt.

Bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern erklärt Abg. Dr. Schreiber (Str.), der recht verstandene Föderalismus, das Bundesstaatsystem, entsprechende deutscher Art. Frankreich schätze diese Richtung ganz falsch ein, wenn es glaube, mit ihrer Hilfe in Baden eine „Redarlinie“, eine Abgrenzung gegen Norden schaffen zu können. Die Regierung müsse gewissenhaft und wahrheitsgemäß die Vorgänge im Ruhrgebiet dem Ausland mitteilen.

Die Lage in den besetzten Gebieten

Gelsenkirchen, 15. Febr. Für die Verletzung der beiden französischen Gendarmereioffiziere, die einen deutschen Schutzpolizeibeamten durch Revolverhiebe schwer verletzt hatten und dann auf der Flucht von herbeigeeilten deutschen Polizisten durch Schüsse verwundet worden waren, verlangen die Franzosen eine Sühne von 100 Millionen Mark. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte das Ansuchen ab. Die Franzosen machten nun einen Überfall auf die Stadt Gelsenkirchen, an dem zwei Regimenter Infanterie, ein Regiment Reiter, eine Panzerwagen- und eine Maschinengewehrabteilung beteiligt waren. Vor allem wurden die Wachen der Schutzpolizei angegriffen, die Polizisten verhaftet und meist schwer mißhandelt. Ein Oberwachmeister wurde geißelt, dann wurden das Rathaus, die Post und alle öffentlichen Gebäude besetzt. Oberbürgermeister v. Wedelstädt, Polizeipräsident Stieler, Major Kulu von der Schutzpolizei und Reichsbankvorstand Juri verhaftet. Jeder Schutzpolizeimann, der in Uniform betroffen wurde, wurde festgenommen. Gegen 4 Uhr nachmittags zogen die Franzosen mit den Verhafteten aus Gelsenkirchen ab.

Essen, 15. Febr. In der Stadt Bottrop ist die Stromabgabe eingestellt worden. Die Päden haben infolgedessen geschlossen. — Aus allen Teilen des Ruhrgebiets laufen Nachrichten über neue Gewalttaten ein. Die Militärgerichte verhängen gegen Beamte und Mitglieder der Schutzpolizei in großer Zahl Freiheits- und sinnlos hohe Geldstrafen, die man nicht anders als Erpressungen bezeichnen kann.

Für die Belieferung des Siegerlandes mit Kohle ist Vorsorge getroffen, die Versorgung des Wuppertals ist schwierig. Auf der Strecke Aachen—Düren ist ein Militärzug entgleist. Der Unfall soll zahlreiche Opfer gefordert haben. Die Belgier verbieten streng jeden Bericht über den Vorfall.

60 Kohlenzüge durchgekommen

Münster, 15. Febr. Da die Absicht der Franzosen, das Ruhrgebiet ganz abzuschließen, voranzusehen war, ist rechtzeitig Vorsorge getroffen worden, daß größere Mengen von Kohlen und Eisen noch ins unbesetzte Deutschland hereingebracht werden konnten. So sind seit dem 6. Februar noch 60 Kohlenzüge herübergebracht worden.

Alles in Ordnung

Paris, 15. Febr. Das französische Außenministerium hat auf die deutsche Beschwerde wegen der Ermordung eines Arbeiters in Kirchende am 23. Januar geantwortet, die französische Wache habe pflichtmäßig gehandelt, da der Arbeiter den Halbtakt unbeachtet gelassen habe. (Der Arbeiter war von dem Franzosen ohne weiteres niedergeschossen worden.)

Nichts erreicht!

Paris, 15. Febr. Das „Echo National“ schreibt, in amtlichen Kreisen gebe man zu, daß die Lage im Ruhrgebiet sich bis jetzt nicht geändert habe; der deutsche Widerstand dauere ungeschwächt fort und die Grubenverwaltungen ver-

weigern die Kohlenabgabe. Die wenigen Züge, die vom Militär nach Frankreich und Belgien geleitet wurden, seien noch nicht die Kohlenzüge, die man zu Beginn der Besetzung abgefangen habe; diese stehen noch unbeweglich im Ruhrgebiet.

Ein in Essen gefundener Brief eines französischen Offiziers an seine Frau in Frankreich erzählt: Der sperrige Widerstand nimmt von Tag zu Tag zu und wird geradezu unerträglich. Kein Mensch verkehrt mit den Franzosen, keiner würdigt sie auch nur eines Blicks. Große Sorge machen die (französischen) Mannschaften. Die Zucht lockert sich, aufrührerische Reden werden laut, manche sind ausgerissen. Die französischen Eisenbahner murren und zeigen keine Arbeitsfreudigkeit. Die belgischen Soldaten sind unzuverlässig; neulich mußte man zwei Regimenter austauschen.

In dem Brief eines französischen Eisenbahners aus Düren vom 1. Februar heißt es laut „D. Allg. Ztg.“: Man fordert Freiwillige, die hier bleiben. Hier täuscht man uns mit allerlei Versprechungen, weshalb ich glaube, daß wir wieder einmal die Einsatzpinsel der Offiziere werden.

Die vier von den Franzosen und Belgiern eingerichteten Ausfuhrbüros haben nichts zu tun, da die deutschen Industriellen es verschmähen, um die Ausfuhrerlaubnis nachzusuchen und so zum Verräter zu werden.

Neuer Zwischenfall in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, 15. Febr. Ein französischer Offizier, der sich auf der Straße herausfordernd benahm, wurde von einer Volksmenge bedrängt. Er richtete den Revolver gegen die Leute, als eine deutsche Polizeistreife erschien, die er um Schutz bat. Obwohl die Polizei ihn schützend in die Mitte nahm, konnte sie in dem Gedränge nicht verhindern, daß der Franzose verprügelt wurde. Mit einer leichten Kopfwunde wurde er aufs Polizeipräsidium gebracht, verbunden und nach Bochum geführt.

Die vorgestern in Gelsenkirchen verhafteten Personen wurden unter rohester Behandlung von den Franzosen nach Reddinghausen gebracht und ins Gefängnis geworfen. Sie wurden gezwungen, nachts in den Kleibern auf dem bloßen Fußboden zu schlafen. Einem großen Teil der Polizeileute wurden Schuhe und Strümpfe abgenommen.

Das zweischneidige Schwert

Paris, 15. Febr. Nach dem „Petit Parisien“ sind mehrere belgische Großindustrielle in Paris eingetroffen, um mit den führenden Persönlichkeiten der französischen Industrie sich über die unerwarteten Wirkungen der von Belgien verlangten völligen Industrieblockade des Ruhrgebiets zu besprechen. Die Sperre wird nach ihren Befürchtungen die Folge haben, daß die vom unbesetzten Deutschland ausgeschlossenen Industrieerzeugnisse nach Belgien und Frankreich strömen oder auf dem Weltmarkt in verschärfte Konkurrenz treten. Der ursprüngliche Plan, die Ausfuhrüberwachung eigenen staatlichen Aemtern zu übertragen, soll aufgegeben worden sein. Die beiden Regierungen erwarten von der Besprechung der Industriellen kaufmännische Vorschläge zur praktischen Durchführung der schwierigen Aufgabe.

Holländische Milch für die neubesetzten Gebiete

Berlin, 15. Febr. Der Reichsernährungsminister hat Maßnahmen getroffen, daß die besetzten Gebiete täglich 50 000 Liter Frischmilch aus Holland, außerdem eingedickte Milch und Milchpulver erhalten. Zur Verbilligung der teuren Auslandsmilch stellt das Reich die Beträge zur Verfügung, die zur Verbilligung der Milch auf den Inlandspreis erforderlich sind.

Köln, 15. Febr. Die Belgier haben die Eisenbahnwerkstätte Dülich besetzt.

Le Trocquer in London

London, 15. Febr. Der französische Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer ist in London eingetroffen, um mit der britischen Regierung über die Ueberlassung der Bahnen im englischen Besetzungsgebiet an die Franzosen und Belgier zu verhandeln. Nach Neuter ist es nicht unmöglich, daß England Zugeständnisse machen wird.

Für die besetzten Gebiete

Berlin, 15. Febr. Die deutsch-amerikanische Hilfs-gesellschaft hat beschlossen, in diesem Jahr von der Geburtsstaatsfeier

George Washingtons abzusehen und eine den vorjährigen Kosten entsprechende Summe den besetzten Gebieten und der Mittelstandsnothilfe zu überweisen. Ein ausländischer Kurgast in St. Blasien (Baden) hat sechs Millionen Mark gespendet.

Neue Nachrichten

Zweite vergebliche Ministerpräsidentenwahl in Sachsen

Dresden, 15. Febr. Die zweite Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag blieb wieder ergebnislos. Abg. Bud (Soz.) erhielt 40, Hofmann (Deutschnat.) 18, Dr. Kaiser (D. Volksp.) 19, Dr. Senfert (Dem.) 8, Böttcher (Komm.) 9 Stimmen. Die dritte Wahl soll am 20. Februar vorgenommen werden.

Neue französische Flottenrüstungen

Paris, 15. Febr. Der „Matin“ meldet, das französische Marineministerium habe ein Schiffsbauprogramm ausgearbeitet, durch das die Flotte in fünf Jahren insgesamt 700 000 Tonnen umfassen solle, Hilfschiffe einbegriffen. Darunter würden sich 65 000 Tonnen Unterseeboote und 60 000 Tonnen Flugzeugbegleitschiffe befinden. Während 8 Jahren soll kein Kreuzer gebaut werden, sondern nur leichte Schiffe, darunter 35 Torpedoboote und 31 Unterseeboote. Als Kredit wurden 2400 Millionen Franken in Anspruch genommen, jährlich 300 Millionen.

Streikluft in Frankreich

Paris, 15. Febr. Der Nationalrat der Bergarbeiter hat einen Antrag der Kommunisten, am Freitag in den Ausstand zu treten, abgelehnt, aber dem Arbeitsminister die Forderungen der Bergarbeiter auf Lohnerhöhung dringlich übergeben. Die Arbeiter wurden aufgefordert, das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten.

Gutgemeinte Anträge

Washington, 15. Febr. Der Republikaner Bogt brachte im Abgeordnetenhaus eine Entschliebung ein, worin gegen die Besetzung des Ruhrgebiets protestiert und gefordert wird, Präsident Harding möchte eine Weltwirtschaftskonferenz einberufen. Ferner verlangt die Entschliebung, daß Frankreich Maßnahmen zur Zahlung seiner Kriegsschulden treffe. — Borah brachte im Senat eine Entschliebung ein, die dafür eintritt, daß Kriege als Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten für ungeschickt erklärt werden sollen. Die Entschliebung schlägt die Schaffung eines internationalen Gerichtshofs vor.

Borah soll nach dem „New York Herald“ erklärt haben, er sei für Streichung der Verbandsschulden, wenn dadurch die Ruhe in Europa wieder hergestellt werden könnte.

Neue Gehaltsregelung

Berlin, 15. Febr. Nach dem vom Haushaltsausschuß des Reichstags bewilligten Beschluß werden vom 1. Februar an zum Grundgehalt, Tagesbezüge (Diäten), Ortszuschlag und Kinderzuschläge 942 Prozent Teuerungszuschlag gewährt. Der Frauenzuschlag wurde auf 12 000 M monatlich erhöht.

Verleitetes Anschlag auf Auer

München, 15. Febr. In Kempten wurde ein 17jähriger Oberrealschüler aus München verhaftet, der den sog. Abgeordneten Auer hatte erschließen wollen, aber nach Entdeckung geflohen war.

Württemberg

Stuttgart, 15. Febr. Die Ueberwachungskommission. Die Angehörigen der beiden Gasthöfe, in denen die Mitglieder der feindlichen Ueberwachungskommission untergebracht sind, weigerten sich nach dem Ruhrüberfall, die Fremden weiter zu bedienen. Die Gasthofbesitzer machten dem Württ. Landesfinanzamt, durch das die Unterhaltskosten der Kommission ausbezahlt werden, von der Weigerung Mitteilung. Das Landesfinanzamt verlangte die Fortsetzung der Verpflegung und Bedienung der Kommissionsmitglieder für ihre Person, widrigenfalls polizeiliche Zwangsmahnahmen und Strafverfolgungen gegen das Gasthofpersonal angewandt werden. Dieser Sachverhalt wurde gestern im Landtag auf eine Anfrage des Abg. Bickes festgestellt und tief im Hause einiges Erstaunen hervor.

Gerechtigkeit.

Roman von Eduard Appel.

II. (Nachdruck verboten.)

V.

Draußen lag silbern die Winterlandschaft. Vom Firmament herab übergoß die Sonne, gleich einem Riesenscheinwerfer, die Erde mit ihrer leuchtenden Flut, die beschneiten Bäume und Dächer in blendenden Brillantenschnud verwandelnd. . .

Wie kleine Kobolde, in ihrer dunklen Tracht gespenstig vom hellen Schnee sich abhebend, trippelten hungerrige Amfeln behende umher, emsig den Kopf nach dem Boden bewegend, um mit dem gelben Schnabel das spärliche Futter aufzulesen. Dazwischen bewegten sich Spazier und Finken, mit ihren größeren Genossen im Appetit wetteifernd. Sie und da fauste mit lustigem Schellengellengel ein Schlitten vorüber oder ein Sportlustiger strebte, die Kodel auf dem Rücken, irgend einer Kodelbahn zu.

In einem großen Lehnstuhle, mit aufgelöstem Haar, ein Bettkissen hinter dem Rücken, sah Klara.

Man merkte ihr noch deutlich die überstandene Krankheit an und sah sie schon früher leidend aus, so war sie jetzt von einer geistlichen Blässe, die durch die dunkle Umrahmung der Haare beängstigend wirkte. Beier und ihre Mutter sahen bei ihr.

Wie Doktor Borr richtig vorausgesehen hatte, war es nun wirklich gekommen. Eines Tages hatte es Klara gepackt und ein heftiger Lungenstiphenkatarth warf sie aufs Krankenlager.

Es war ein harter böser Kampf zwischen der Krankheit und dem jungen Leben und schwere, beängstigende Tage zogen an der bedauernswerten Familie vorüber. Endlich gelang es aber doch der aufopfernden Pflege der Mutter und des Arztes, das arme Mädchen aus der drohenden Todesumarmung zu retten.

Borr litt fürchterlich und in der Stunde der Gefahr, in der schweren Zeit, in welcher er das Mädchen zu verlieren fürchtete, wußte er es recht, wie er an ihr hing. Viele Nächte verbrachte er an Klaras Seite und überwachte ängstlich das Fieber, alles versuchte er, um ihr Erleichterung zu verschaffen und voll Bangen erwartete er den nächsten Tag. Und als er allmählich die Besserung heransicheren sah, war er überglücklich.

„Was für ein herrlicher Wintertag,“ sagte Klara, sehnsüchtig zum Fenster hinausblickend. „Ich möchte gleich hinaus.“

„Was dir nicht einfällt, Kind!“ ermahnte ihre Mutter vorwurfsvoll.

„Denken Sie nur, diese Kälte! Ahtzehen Grad Reaumur!“ wandte Beier ein.

„In Italien, mein Kind, da kannst du herumlaufen, so viel du willst.“

„Ach! mir ist unser Winter tausendmal lieber als dieser italienische Weichling, mit seinem süßlichen Orangenduft und seiner aufdringlichen Flora. Da ist doch der ernste, harzkräftige Fichtenwald etwas ganz anderes.“

„Darüber kann allein der Arzt entscheiden,“ sagte Beier.

„Ihr macht es ärger als es ist. Ich fühle mich gar nicht so schlecht.“

„Es muß einfach sein,“ wandte Frau Deder ein. „Für die Gesundheit muß man jedes Opfer bringen.“

„Aber das sage ich euch, in einem Monat komme ich wieder zurück.“

„Wenn du wieder so weit hergestellt bist.“

„Sonst sterbe ich erst recht, vor Heimweh.“

„Bis dahin ist ja noch Zeit.“

Frau Deder streichelte ihr verlegen die Wange. „Frage nicht Klärchen; auf keine unehrliche Weise. Ich habe mir etwas auf die Seite gelegt.“

„Von unserem geringen Einkommen!“

„Nach dir darüber keine Sorgen. Werde nur wieder gesund, das ist jetzt die Hauptsache.“

Sie stand auf und entfernte sich von ihrer Tochter. Eine verräterische Rote drohte ihr ins Gesicht zu steigen und sie wollte nicht, daß Klara es bemerkte.

Auch Klara erhob sich jetzt und bewegte sich langsam und schwach im Zimmer umher.

Frau Deder wollte ihr beispringen und eilte zu ihr, doch Klara wehrte sie ab und bat, sie allein gehen zu lassen.

„Bitte laß mich allein versuchen.“

„Geht es wohl schon?“

„O ja, ganz gut.“

In diesem Augenblick trat Borr ein. Freudig überrascht blieb er stehen, als er Klara allein umhergehen sah.

„O! schon so tapfer?“ rief er nach höflicher Begrüßung verwundert und reichte ihr sowie Frau Deder die Hand. Dann fühlte er Klara den Puls.

„Der Puls ist ruhig und fast normal.“

„Ich fühle mich gar nicht schlecht, Herr Doktor.“

„Das ist brav.“

Er legte Stod, Hut und Ueberrock ab und trat dann wieder zu Klara.

„Und was macht der Appetit?“

„Der läßt noch zu wünschen übrig,“ antwortete für Klara Frau Deder. „Wenn man auch gar keine Bewegung macht und immer im Zimmer hoakt,“ meinte diese.

„Haben Sie gut geschlafen!“

„O ja.“

„Nun — es wird sich schon wieder machen.“

(Fortsetzung folgt.)



Stuttgart, 15. Febr. Schon wieder eine Preis-
preiserhöhung. Die Stuttgarter Metzger-Innung
hat mit Wirkung vom Freitag den Preis für 1 Pfund
Schweinefleisch auf 3700 M. (vor 2 Tagen 3500 M.), Hammel-
fleisch 3400—3500 (3060—3100), Schaffleisch 2900—3000
(2500—2000) M. erhöht.

Ravensburg, 15. Febr. Ruhrhilfe. Die beim In-
dustrieverband Oberschwaben, dem auch die größeren Han-
delsfirmen angeschlossen sind, angemeldeten Zeichnungen
belaufen sich nunmehr auf 10 375 500 M.

Rahenried, Ob. Wangen, 15. Febr. Jugentglei-
chung. Bei dem Einfahrtsignal entgleiste eine Lokomotive.
Sie grub sich tief in den Boden ein und riß eine längere
Strecke Glets aus dem Boden. Man glaubt, daß der Spur-
kranz der Maschine nicht mehr in Ordnung war.

Ziegelbach, Ob. Waldsee, 15. Febr. Pferde-
diebstahl. Dem Gastwirt H. wurde nachts eine 2 Jahre alte
Stute aus dem Stall gestohlen.

Stuttgart, 15. Febr. Berufung. Das württ. Kult-
ministerium hat dem Vorschlag der evang.-theol. Fakultät
Tübingen, auf den durch den Weggang des Prof. D.
Schlatter erledigten Lehrstuhl für neutestamentliche Theo-
logie den Prof. D. Wilhelm Heitmüller-Bonn zu be-
rufen, zugestimmt. — Die Evang. Oberkirchenbehörde und
die positiven kirchlichen Kreise hatten gegen den Vorschlag
Einspruch erhoben.

Stuttgart, 15. Febr. Staatsdarlehen für Ju-
gendfürsorge. Dem Landtag wird ein Gesetzentwurf
vorgelegt, der den Finanzminister ermächtigt, der Zentral-
leitung für Wohltätigkeit mäßig verzinsliche Darlehen bis
zum Betrag von 50 Millionen für Zwecke der Fürsorge-
erziehung in den verschiedenen Anstalten des Landes zu
geben.

Schramberg, 15. Febr. Fabrikdiebstähle. In hies.
Abrenfabriken wurden seit einiger Zeit von Arbeitern ge-
schlossene Gläser, Wackeröhren u. a. gestohlen und an einen
auswärtigen Händler zu billigen Preisen verkauft. Die Täter
sind ermittelt.

ep. Das Opfer am Landesbistag ist, wie alljährlich,
bestimmt für die in der Verwaltung der Oberkirchenbehörde
stehende Evang. Studienhilfe, die tüchtigen Schö-
nen den Zugang zum Kirchendienst finanziell erleichtern
soll. Infolge des erschreckenden Steigens der Kosten für
alle Lebensbedürfnisse sieht die Studienhilfe sich
vor neue große Aufgaben gestellt und bedarf deshalb der
unermüdeten und vermehrten Unterstützung der evang. Kir-
chengenossen.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 15. Februar.
Gestern nachmittag wurde in der 180. Sitzung die Be-
ratung des Haushalts-, des Ernährungs- und Arbeitsminis-
teriums begonnen. Zu dem vorliegenden Antrag, die staatliche
Fürsorge für den Verband landwirtschaftlicher Genossen-
schaften und den Schwäb. Bauernverein (Wm) auf 3 Mil-
liarden Mark zu erweitern, bemerkt Minister Keil: Bei
längerer Dauer des Franzosenbruchs werde man mit zu-
nehmenden Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung zu
rechnen haben. Es müsse aber verhütet werden, daß die
Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegen-
stände ins Ungemessene steigen. Es liege kein sachlicher Grund
vor, daß die Preise ohne weiteres dem Dollarstand folgen.
Es wäre erwünscht, wenn durch Reichsgesetz das stark über-
legte Händlernetz vermindert würde. Preistre-
berei und Wucher müssen bekämpft werden. Man müsse
sich angesichts des Spekulationsfiebers fragen, ob nicht Bö-
rsen und Banken zu einer Gefahr für unser wirtschaftliches
Leben geworden sind.

Abg. Ganser (Zentr.) verlangt eine raschere Auszah-
lung für das Umlagegetreide und Verminderung des Be-
amtenapparats.

Abg. Körner (Bauernb.) weist nach, daß die Lebens-
mittelpreise, an der Goldmark gemessen, billiger sind als
früher. Die Teuerung sei eine Folge der Papiergeldflut. Der
Minister hätte sich auch die Frage vorlegen sollen, ob an
unserem wirtschaftlichen Zusammenbruch neben der Erpressungs-
politik Frankreichs nicht auch die falsche Ernährungspolitik
schuld sei. Bei der Einschränkung des Handels müsse vor-
sichtig vorgegangen werden, damit nicht einzelnen ein Mon-
opol geschaffen werde. Das württ. Arbeits- und Ernährungs-
ministerium lehne seine Partei als überflüssig ab. Er frage,
ob die Berichte über Keils Rede in Marbach richtig seien.

Abg. Scher mann (Ztr.) erklärt, Süddeutschland werde
durch die Preispolitik der Eisenbahn geschädigt.

Abg. Schmid-Schöningen (Bauernb.) wendet sich gegen
die Getreideumlage und die Preisbildung durch die Reichs-
getreidestelle, in der die größten Wucherer und Schie-
ber sitzen. (Lächeln des Präsidenten.)

Während der Rede des Ministers kam es wiederholt zu
Zwischenrufen, die der Präsident rügen mußte. Besonders
scharf wandte sich der Abg. Körner (B.B.) gegen den
Minister. Er stellte einen Antrag auf sofortige Ent-
lassung Keils und begründete diesen Antrag mit den
Marbacher Ausführungen des Ministers. Im Haus ent-
stand darob große Erregung auf der Linken.

Staatspräsident Dr. Hieber erklärte, daß durch die
Begründung des Antrags Körner die Einheitsfront nicht be-
festigt werde, daß auch kein Grund bestehe, daran zu zweifeln,
daß Keil nichts getan oder gesagt habe, was die Politik
der Reichsregierung schädige und daß Keil auf dem Boden
der Reichsverfassung sowie hinter der Politik der Reichs-
regierung stehe. Redner der Sozialdemokratie, der Demo-
kratie und der Kommunisten wandten sich gegen den An-
trag Körner, während Dr. Egelschlag (D. Vp.) betonte,
seine Partei wolle erst abwarten, was die nähere Prüfung
der Begründung des Antrags Körner ergebe.

Beantwortet wurden im Lauf der Sitzung von dem Abg.
Pflüger (Soz.) ein Kredit von 3 Millionen Mark für die
Landwirtschaft zur Düngemittelbeschaffung, vom Abg. Mit-
twich (Komm.) ein Kredit in gleicher Höhe für die Konsum-
vereine, und vom Abg. Groß (Ztr.) die Befreiung der
Militärstände auf dem Stuttgarter Schlachthof, die vor-
zugsweise Fleischversorgung der einheimischen Bevölkerung
und die Verpflegung der Ladengeschäfte, die Preise für
ihre Waren sichtbar anzuzeigen. Die Abstimmung findet
morgen statt.

Der Landtag setzte in der heutigen 181. Sitzung die Aus-
sprache über den Etat des Arbeits- und Ernährungsminis-
teriums fort. Von Rednern des Bauernbunds und der
Bürgerpartei wurde hauptsächlich die Getreideum-
lage bekämpft und die Abschaffung des Achtun-
den tags verlangt, sowie die jegliche Währung als der
Ausfluß einer sinnlosen Politik bezeichnet, die die marxisti-
schen Lehren in die Praxis umsetzen wolle.

Minister Keil erklärt, daß er kein Feind der Land-
wirtschaft sei und nur eine Mäßigung der Preisbildung, die die miß-
bräuchliche Ausnutzung der Monopolstellung der Landwirt-
schaft anstrebe. Ob im Jahr 1923 das Getreide freigegeben
werden könne, lasse sich noch nicht sagen. Die Getreideablie-
ferung mit 73,5 Proz. des Umlagebetrags sei befriedigend.
Einer Kontingentierung der Viehausfuhr ständen unüber-
windliche Schwierigkeiten entgegen. In seiner Marbacher
Rede habe er sich jeder kritischen Bemerkung gegen die Poli-
tik des Reichskanzlers enthalten und nur die Arbeiter vor
einer Geistesgemeinschaft mit den Parteien der Rechten ge-
warnt, weil er deren Nationalismus für schädlich halte.

Allerlei

Der letzte Kämpfer von Mars-la-Tour, der Weichensteller
Karl Kraus in Ulleben, Kreis Sangerhausen, ist im Al-
ter von 79 Jahren gestorben. Er war der letzte Ueberlebende,
der 1870 den berühmten Tobesritt mitgemacht hatte.

Der Schillerpreis wird nach einem Beschluß des preuß.
Staatsministeriums heuer nicht verteilt, dagegen soll der
Preis für die nächste Zuerkennung verdoppelt werden. Mit
dem Schillerpreis, der seit 1859 besteht, sind u. a. die Dichter
Friedrich Hebbel, Lindner, Emanuel Geibel und im Jahre
1895 Ernst v. Wildenbruch gekrönt worden. Die Verleihung
ist schon öfter ausgefallen worden. In den Jahren 1869 bis
1889 ist der Schillerpreis überhaupt nicht verliehen worden,
weil der Ausschuss kein Werk für vollkommen geeignet hielt.

Der für die diesmögliche Verteilung des Schillerpreises ge-
bildete Ausschuss hat sich in seinen Vorschlägen nicht einigen
können. Während der engere Ausschuss die Tragödie „See-
schlacht“ von Reinhard Göring krönen wollte, ist von
mehreren Mitgliedern des Gesamtausschusses der Dramatiker
Burte für das Schauspiel „Katie“ in Vorschlag gebracht wor-
den. Vier von den sieben Mitgliedern der Kommission sprachen
sich auch für eine Teilung des Preises zwischen Trit
v. Unruh und Göring aus.

Verbrannter Flieger. Der Flieger Schulz streifte bei
einer Landung in Magdeburg, wodurch sich das Flugzeug
überflügelte und Feuer fing. Schulz ist verbrannt.

Was heute ein Wohnraum kostet. Nach der Berechnung
des Stadtbaurats in Lübensteden über die Wohnungsbauten
muß im Jahr 1923 ein Wohnraum mit über 3 Millionen
Mark Baukosten in Ansatz gebracht werden.

Der Hungertod in Deutschland. Der berühmte Lehrer der
medizinischen Fakultät an der Universität Halle, Geheimrat
Prof. Dr. Emil Abderhalden, erklärte in einem Vortrag,
in Deutschland seien im Lauf dieses Winters viele Tausende
von Menschen buchstäblich verhungert. Die sogenannte Alters-
hilfe komme für die verarmten Armen meist viel zu spät.
Es werde in Deutschland viel zu wenig für die hungernden
alten Leute getan. In nächster Zeit werde er in Bern, Zürich
und Basel Aufklärungs-vorträge halten, um dem Ausland
einen Begriff von dem Zustand im Deutschen Reich zu geben.

Professor Abderhalden ist geborener Schweizer und hat
früher an der Universität Basel gewirkt.

Tiefer Schnee auf dem Riesengebirge. Auf dem Riesen-
gebirge liegt der Schnee jetzt vielfach 6 Meter hoch, so daß
viele Bauden (Unterkunfthäuser) buchstäblich im Schnee be-
graben sind. Unter der Last dieser durch das beginnende Tau-
wetter noch schwerer gewordenen Schneedecke ist das flache
Dach des während des Kriegs erstellten Neubaus der bekann-
ten Wielenbaude, hart an der böhmischen Grenze, zusammen-
gebrochen. Die unteren Stockwerke wurden durchschlagen. Die
Baude hatte 100 Fremdenzimmer.

In Bulgarien ist ein Verein von Freunden der deutschen
Kultur gegründet worden. An der Universität Sofia hat
Prof. Dr. Sawrski Vorträge in deutscher Sprache über
Kant, Schopenhauer, Nietzsche und die neue Philosophie be-
geben.

20 Schulen geschlossen. Wegen Kohlenmangels hat der
Magistrat von Berlin 20 Gemeindeschulen geschlossen. Dem
Schulsausschuss und dem städtischen Maschinenamt wird der
Vorwurf gemacht, daß sie sich um die Kohlenversorgung nicht
bekümmert haben.

Handelschiffskasse wird der Deutsche Schiffsverein wie-
der einrichten, auf denen junge Leute für die Handelschiff-
fahrt herangebildet werden. Zunächst ist ein 2014 Tonnen
großes Segelschiff angekauft worden, das in Hamburg für
seine Zwecke ausgerüstet wird.

Plattdeutsches Sprichwort. „Wo Eisen liegt un Eeken
wacht, de wacht ook Lüüd, dei dortau pakt“. (Wo Eisen liegt
und Eichen wachsen, da wachsen auch Leute, die dazu passen.)

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 15. Februar: 19749.20 (23 558.75).
1 Pfd. Sterling 90 523.10, 100 holl. Gulden 765.81, 100 Schw.
Franken 361.598, 100 franz. Franken 115.211, 100 belg. Franken
100.747, 100 ital. Lire 91.271, 100 österr. Kronen 27.08, 100 tschech.
Kronen 57.856, 100 poln. Mark 43.4.

Der Wert von 1000 Papiermark in Pfennigen am 14. Febr. in
Holland 16, Belgien 55, Dänemark 22, Schweden 16, Italien 60,
London 17, New York 16, Paris 48, Schweiz 16, Spanien 20.

Der Goldpreis der Reichsbank. Die Reichsbank hebt bekannt-
lich ihre Goldkaufspreise von Woche zu Woche fest. Vom 12.
bis 19. Februar wurde der Preis von 140 000 M für ein Zwanzig-
markstück ausgesetzt. Infolge des starken Rückgangs der aus-
ländischen Devisenkurse ist nun aber der Marktpreis für Gold an
der Börse unter den Goldkaufpreis der Reichsbank gesunken,
während dieser bisher stets weit unter dem Marktpreis geblieben
war, was zur Folge hatte, daß das deutsche Gold auf dem Weg
des Schmelzhandels geriet und meist ins Ausland abwanderte. Das
englische Pfund, das man dem Zwanzigmarkstück ungefähr gleich-
setzen kann, sank am 10. Februar auf 144 000 M, am 12. Februar auf
130 000 M und am 14. Februar auf 100 000 M. An den Kassen der
Reichsbank gab es einen starken Andrang. Es ist erkantlicht, wie
viel Geld zum Vorfeldern kam. Die Reichsbank nahm alle An-
gebote schlank auf.

Herabsetzung des Goldkaufpreises. Dem veränderten Devi-
senkurs entsprechend mußte die Reichsbank den Ankaufpreis für
das deutsche Gold herabsetzen. Er beträgt ab 15. Februar für ein
Zwanzigmarkstück 100 000 M, für ein Zehnamarkstück 50 000 M.
Für Reichsbankermünzen wird der 200fache (vorher 3000- bis
2900fache) Betrag des Nennwerts bezahlt. — Der Marktpreis für
Barrengelb ohne Ausfertigung beträgt 16—18 000 M, für Silber
900 fein 450—460 M das Gramm. Zwanzigmarkstücke werden im
Börsehandel mit 121—122 000 M bezahlt.

Die Stuttgarter Wäckermühle in Ehningen beabsichtigt, das Kap-
ital um 13 auf 20 Millionen Mark zu erhöhen.

Abprozentliche Kalkpreishöhung. Mit Zustimmung des Reichs-
wirtschaftsministeriums wurde der Kalkpreis um 70 Prozent erhöht,
jedoch werden auf Vorkaufslieferungen, die bis 26. Februar beim Kalk-
handelsverein einreichen, erhebliche Rabatte gewährt und etwas geringere
Rabatte auf Aufträge, die vom 27. Februar bis 5. März eingehen.

Weitere starke Erhöhung der Zementpreise. Durch Verordnung
des Reichswirtschaftsministers vom 17. d. M. werden mit Wirkung
vom 12. Februar die Höchstpreise für Zement wie folgt festgesetzt:
für 10 000 Kilogramm Zement ohne Fracht und Verpackung; im
Gebiete des Sächsischen Zementverbandes 1710 128 (22 128)

11. 2. 855 064 40. Die Vergütung für den Handel ist in diesen
Preisen enthalten. Beim Kleinkauf dürfen zu den Höchst-
preisen und der Fracht (mit Mäher) zweifachen werden; bei Ab-
gabe bis zu 2500 Kg. 30 v. H., bis zu 5000 Kg. 20 v. H., bis 9850 Kg.
10 v. H.

Ermäßigte Rahnpreise. Ab 10. Febr. werden die Rahn-
preise ermäßigt. Es kosten: Augsburg 1000 Meter zweifach Nr. 40
und feiner 4520 M, Glang und Maitgarn 100 Meter Nr. 42
245 M, 500 Meter Nr. 8 und 12 4250 M, 500 Meter Nr. 24
2300 M, Nr. 30 und feiner 2870 M, dreifach matt sekunda 200 Nr.
1010 M, 1000 Meter 4700 M, Obergarn 200 Meter vierfach Nr. 30
und feiner 6210 M, 50 Meter farbig 540 M, Hestfaden Nr. 24 rot
20 Gramm 1080 M, 50 Gramm 2600 M.

Wegenmehlpreis der Sächs. Mählvereinigang am 15. Febr.:
220 000 M die 100 Kilo.

Märkte

Stuttgart, 15. Febr. Schlachthofmarkt. Dem Donner-
stagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 83 Ochsen, 41
Bullen, 284 Jungbullen, 298 Jungkühe, 407 Kühe, 401 Kälber, 653
Schweine, 244 Schafe. Erüss aus je 1 Ztr. Lebendgewicht in tau-
lens Mark: Ochsen 1. Sorte 225—250 (letzter Markt 225—245),
2. Sorte 170—210 (unverändert), Bullen 1. Sorte 195—210 (unv.),
2. Sorte 135—185 (170—188), Jungkühe 220—250 (220—245), 2.
Sorte 190—210 (185—210), 3. Sorte 160—175 (155—175), Kühe 1.
Sorte 185—180 (155—175), 2. Sorte 135—155 (125—150), 3. Sorte
100—120 (90—110), Kälber 1. Sorte 290—305 (265—290), 2. Sorte
280—290 (250—260), 3. Sorte 220—250 (220—245), Schweine 1.
Sorte 290—305 (280—290), 2. Sorte 260—280 (255—270), 3. Sorte
225—255 (215—250) Mark. Verlauf des Marktes: Bei Kälbern
lebhafte, sonst mäßig belebt.

Ludwigsburg, 15. Febr. Dem Schweinemarkt waren neun
Bauer- und 82 Milchschweine zugeführt, wovon 48 Milchschweine
verkauft wurden. Der Preis für ein Milchschwein betrug 100 000
bis 135 000 M.

Leipzig, 15. Febr. Dem Schweinemarkt waren 30 Fer-
kel und 2 Läufer zugeführt, die alle verkauft wurden. Ferkel galten
90 000—150 000, Läufer 180 000 M, je das Stück.

Lokales.

Wildbad, den 16. Febr. 1923.

Die Verteuerung der Eisenbahnpreise. Zum 1. März
werden wie berichtet, die derzeitigen Eisenbahnpreise
und Frachtgebühren verdoppelt, d. h. die Januarpreise wer-
den verdreifacht. „Wegen des Mangels an Kleinmischmaschinen“
— die Begründungen der Eisenbahnverwaltung, zeichnen
sich immer durch Humor aus — werden nach amtlicher Mit-
teilung die Fahrpreise bis 500 M immer auf volle 10 M
aufgerundet. Die Preisverdoppelung erstreckt sich selbstver-
ständlich auch auf Zuschlagsarten, Militärfaktoren. Die Ge-
päckfracht beträgt 4 M für je 10 Kg. und 1 Km., die Mindest-
fracht 400 M.

Die neuen Postgebühren sind nun auch vom Reichstags-
ausschuss angenommen worden. Sie bringen bekanntlich auf
1. März im allgemeinen eine Verdoppelung mit Ausnahme
der Pakete und Fernkarten (letztere 40 Mt.). Für Briefe
wird eine Gewichtsstufe von 250—500 Gramm neu eingeführt.
Die Nachgebühr für nicht oder unzureichend freigemachte
Briefsendungen wird auf das Anderthalbfache des Fehlbet-
rags (bisher das Doppelte) herabgesetzt. Der Höchstbetrag
für Postanweisungen beträgt künftig 100 000 Mt. Die Fern-
sprechgrundgebühren bleiben unverändert, die Einzelge-
sprächsgebühren werden dagegen verdoppelt. Die Abholungs-
gebühr wurde von 25 auf 30 Mt. erhöht. Pfennigbeträge
gibt es im Postwesen nicht mehr.

Zweihundertmarkstücke aus Aluminium vorschlagen.
wird der Reichsfinanzminister dem Reichsrat die Herstellung
von Zweihundertmarkstücken aus Aluminium vorschlagen.

ep. Nicht nach Holland! Das Nachrichtenblatt des Reichs-
wanderungsamts teilt eine in der „Deutschen Wochenzeitung“
für die Niederlande“ kürzlich veröffentlichte dringende
Warnung vor der Einwanderung nach Holland mit. Dar-
nach führt infolge der in Holland um sich greifenden Arbeits-
losigkeit der Weg der deutschen Einwanderer, die nicht eine
völlig gesicherte Stellung in Aussicht haben, unbedingt „ins
Eiland, zur Schande“. Das gilt von deutschen Erzieherinnen
ebenso wie von früheren Offizieren und stellenslosen Kauf-
leuten, namentlich aber auch von den Dienstmädchen. Die
holländischen Dienstmädchen, die in die Kantors und Fabri-
ken abgewandert waren, kehren jetzt infolge der allgemeinen
Geschäftstriste scharenweise in ihre frühere Arbeit zurück
und werden vor den deutschen Dienstmädchen bevorzugt.
Reisen diese dann nicht sofort heim, so gehen sie entweder
zu Grunde oder fallen den deutschen Hilfsvereinen, die sie
mit schweren Opfern heimzuführen müssen, zur Last.

Das Weilchen in der Volksfrage. Wie sehr das Weilchen vom
deutschen Volke schon in alter Zeit geliebt wurde, zeigt die
mittelalterliche Sitte, daß man das erste Weilchen, das man
draußen fand, an eine Stange band, die aufrechte und den
Lenzestregen um sie tanzte, wie auch jetzt noch der Volksglaube
allgemein herrscht, daß derjenige, der das erste Weilchen
findet und ist, das ganze Jahr von Krankheit verschont
bleibe. Die Volksfrage hat sich vielfach mit dem Weilchen be-
schäftigt. Eine orientalische Sage berichtet, daß Adam nach
seinem Fall im Paradies sich auf den höchsten Berg von Cen-
lion gestürzt und Tränen bitterer Reue vergossen habe. Da
jagte ihm Gott seine Gnade zu, und aus den Tränen der
Freude und Demut entsprossen duftende Weilchen. In der
nordischen Sage war das Weilchen dem Gott Iys oder Tyr
geweiht und hieß daher Iysolis. In Sachsen geht die Sage,
daß der Gott der Wenden, der eine herrliche Burg besaß, bei
der Verbreitung des Christentums samt seinem Schloß in
einen Felsen verwandelt wurde. Aus seiner lieblichen Lach-
ter aber wurde ein liebliches Weilchen, das alle 100 Jahre nur
einmal blühen soll. Wer es dann findet und pflückt, gewinnt
die schönste und reichste Maid des Landes. In Italien würzt
man den Wein gern mit Weilchenblüten.

Unden-Richtspiele. Am Freitag und Sonntag läuft
in den U.S.A. ein orig. amerik. Programm. Das erste
Stück betitelt sich „Die Maske“. Das Stück schildert dem
Publikum das Spiel skrupelloser Intrige, wie sie in den
Kreisen der Finanzaristokratie Amerikas nicht selten ist.
Verbunden mit einer rührenden Schilderung glücklichen
Familienlebens ist das glänzend angelegte Filmwerk
ein treffendes Spiegelbild aus den ersten Gesellschafts-
kreisen der U.S.A. Eine besonders anziehende Note hat
der Film durch die Mitwirkung des jüngsten Schauspielers
der Welt, der fabelhafte mimische Leistungen vollbringt,
erhalten. Er heißt Mickey Moore und wird in America
„Jedermanns Liebling“ genannt. So wird man ihn auch
in Deutschland nennen. Als Beiprogramm läuft eben-
falls ein amerik. Stück mit dem Titel „Die ägyptische
Tänzerin“. Zwei amerik. Studenten befinden sich in arger
Geldverlegenheit. Sie ziehen sich dadurch aus dieser
für sie sehr fatalen Klemme, daß der eine von ihnen

als ägyptische Tänzerin, der andere als ihr Impresario auftritt. Die Maskerade bietet Anlaß zu Szenen voll drastischen Humors.

Sitzung des Gemeinderats vom 6. Februar 1923.

Ruhrhilfe. Zur Unterstützung der Notleidenden Bevölkerung des von den Franzosen besetzten Ruhrgebiets wird ein Beitrag von 500 000 Mk. aus der Stadtkasse bewilligt, der an die Schwäbische Ruhrhilfe in Stuttgart überwiesen wird.

Ebenso wird zur Heimatnothilfe ein Beitrag von 500 000 Mk. bewilligt.

Holzabgabe an Nutzungsbürger. Infolge der Brennholznot und der gesteigerten Holzpreise ist in letzter Zeit bei den Nutzungsbürgern das Verlangen hervorgerufen, die Bürgernutzung wieder wie früher in natura zu erhalten. In einer am 6. Jan. 1923 in der Turnhalle abgehaltenen Bürgerversammlung wurde eine diesbezügliche Resolution gefaßt und dem Gemeinderat nahegelegt, in diesem Sinne bei der Kreisregierung vorstellig zu werden. Aus der Mitte des Gemeinderats wird deshalb Antrag gestellt, den hiesigen Nutzungsbürgern, soweit der Brennholztrag der Stadtwaldungen hierzu ausreicht, die Bürgerholzabgabe in natura zu verabreichen und für den Rest des Anspruchs auf 14 1/2 Nm. tann. Scheiter eine nach den bisherigen Grundsätzen zu berechnende Geldentschädigung auszubehalten. Nach den Mitteilungen des städt. Forstamts ist der Brennholzfall im Stadtwald für die nächsten Jahre auf 3000—4000 Nm. Scheiter und Prügel zu schätzen. Es wäre somit möglich, wenn der ganze Brennholzfall an die Nutzungsbürger verteilt würde, vom 1. April 1924 an die 750 Nutzungsbürger je 4 Nm. auf 3000 Nm. abzugeben und ihnen für die fehlenden 10 1/2 Nm. eine nach den im Minist.-Erlaß vom 10. Jan. 1882 gegebenen Bestimmungen zu berechnende Geldentschädigung. Die Ansichten über den Antrag sind im Gemeinderat geteilt. Nach dem Erlaß des Arbeitsministeriums vom 7. Dezember 1922 hat sich die Brennholzversorgung der Gemeinden auf die Einwohnerschaft, insbesondere die notleidenden Kreise, nicht bloß die Nutzungsbürger, zu erstrecken. Bei der Schwierigkeit der Frage wünscht der Gemeinderat weitere Erörterungen und setzt die Beschlussfassung bis auf Weiteres aus.

Milchverbilligung. Von der Reichsregierung sind zum Zwecke der Verbilligung der Milch für Säuglinge und kleine Kinder der besonders notleidenden Bevölkerungsmittel zur Verfügung gestellt worden. Davon sollen auf die hiesige Stadtgemeinde für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1923 519 581 Mk. voraussichtlich entfallen. Voraussetzung des Beitrags ist, daß sich die Stadtgemeinde an den Kosten der Verbilligung beteiligt. Es wird beschlossen, an Säuglinge und kleine Kinder bis zu 6 Jahren der besonders notleidenden Familien die ihnen zustehende Milchmengen zum ermäßigten Preis von 120 Mk. (statt 292 Mk.) abzugeben und den Fehlbetrag von 172 Mk. aus Mitteln des obigen Reichszuschusses und der Stadtpflege zu bestreiten. Der Gemeinderat bestimmt die Familien, welche die verbilligte Milch erhalten sollen.

Konsumverein. Der hiesige Konsumverein beabsichtigt, einen Wagen Leigwaren für seine Mitglieder zu erwerben und bedarf hierzu eines Kredits von 15 Mill. Mark auf die Dauer von 15 Tagen, um dessen Bewilligung er die Stadtgemeinde bittet. Der Gemeinderat glaubt, dem Gesuch nicht entsprechen zu können, weil damit nur einem Teil der Einwohnerschaft gedient wäre, dagegen erklärt sich die Stadtgemeinde bereit, selbst einen Wagen Leigwaren für Versorgung der Einwohnerschaft zu beschaffen.

Wintersport. Der Vorsitzende teilt mit, daß anlässlich der Schneeschuhläufe vom 27. und 28. Januar 1923 über 2000 Personen mit der Bergbahn befördert wurden, wodurch letztere eine Einnahme an Fahrgeld von 184 205 Mk. erzielte. Mit dieser einen Veranstaltung ist also schon eine reichliche Verzinsung des auf die Wintersportanlagen im Sommerberg gemachten Aufwands, auch des neueren,

erzielt worden neben der Belebung des Geschäftsverkehrs in der Stadt. Das neugeschaffene Übungsfeld hat hierbei bei allen Schneeschuhläufen größte Anerkennung gefunden und sich bewährt.

Holz für Bäckermeister. An die hiesigen Bäckermeister wird Brennholz für ihre Betriebe und zwar forchesnes Prügelholz zum Preise von 12 000 Mk. je Nm. abgegeben. Es sollen erhalten: die Bäcker mit Holzöfen je 6 Nm., solche mit Kohlenöfen je 4 Nm. und solche mit Gasöfen je 2 Nm.

Ansetzung der Gemeinderatswahl. Die an den Bezirksrat gerichtete Einsprache gegen die Gemeinderatswahl vom 17. Dezember 1922 wird zur Kenntnis des Gemeinderats gebracht. Der Gemeinderat beschließt, seine Entscheidung vom 3. Januar ds. Js. aufrecht zu erhalten und an den Bezirksrat den Antrag zu stellen, die Einsprache abzuweisen.

Wohnhausneubauten. Die Zimmerarbeiten für den 2. Neubau an der Rennbachstraße wird dem Zimmermeister Christian Schmid zu dem Angebot von 2 285 590 Mk. übertragen. Jeder Unternehmer hat sich bei einer Vertragsstrafe von 20 000 Mk. für den Einzelfall zu verpflichten, nur hiesige Arbeiter zu beschäftigen. Sollten fremde Arbeiter beschäftigt werden, so sind diese sofort zu entlassen.

Die Lieferung des Bauholzes und der Schnittwaren zu den beiden Neubauten in der Rennbachstraße mit je 154 132 cbm für 1 Wohnhaus wird den beiden Firmen W. Treiber Be., Windhof und Karl Schanz, Spollenmühle unter Zugrundelegung des Angebots der Firma W. Treiber vom 20. Januar 1923, dem sich beide Firmen unterworfen haben, je hälftig (also jeder Firma ein Wohnhaus) übertragen gegen Ueberlassung von je 281 Fm. Tannen-, Fichten- und Föhrenholz und 0,5 Fm. Eichenholz in den Sorten und Klassen, wie sie in dem Angebot der Firma W. Treiber vom 20. Januar 1923 aufgeführt sind, ab Wald. Eine Aufzahlung in bar findet beiderseits nicht statt. Der Abschluß von Lieferungsverträgen wird sich vorbehalten.

Reichsmietengesetz. Die Vollzugsverordnung der hiesigen Stadtgemeinde vom 31. Oktober 1922 zum Reichsmietengesetz wird den Min.-Verfügungen vom 27. Dezbr. 1922 und 26. Januar 1923 entsprechend abgeändert (s. Bekanntmach. in ds. Bl.).

Verbotener Weiterverkauf von Holz. Der Brennholzhändler und frühere Tagelöhner Wilh. Schmid hier hat gegen den Gemeinderat Karl Schlüter, Zimmermann hier beim Stadtschultheißenamt Anzeige erstattet, weil Schlüter Stangen, die er von der Stadtgemeinde für seinen Geschäftsbetrieb zu ermäßigtem Preis erhalten habe, weiter veräußert habe. Nach den gemachten Erhebungen ist Folgendes festgestellt: Nach vorausgegangener öffentlicher Bekanntmachung im Wildbader Tagblatt vom 4. August 1922 Nr. 180 fand am 5. August 1922 auf dem Rathaus eine öffentliche Versteigerung von Bau- und Hagstangen statt. Hierbei ersteigerten Karl Schlüter, Zimmermann 59 Bau- und Hagstangen zum Preise von 4088 Mk. und 30 Hagstangen um 2020 Mk., Schreiner Waldner 10 Hagstangen um 160 Mk., Karl Koch, Zimmermann 20 Hagstangen um 320 Mk., Eisele zum kühlen Brunnen 20 Hagstangen um 320 Mk., Fr. Koch, Zimmermeister 10 Bau- und Hagstangen um 920 Mk., Christian Schmid, Zigarrengeschäft 20 Hagstangen um 320 Mk. Die Stangen waren in der Hauptsache vorher bestellt, wurden aber, wie dies hier immer geschieht, um die Vorschrift des Art. 129 der Gemeindeordnung einzuhalten, öffentlich versteigert. Es stand also Jedermann frei, mitzusteigern. Der erzielte Preis entspricht ungefähr der damaligen Marktlage, es wurden durchschnittlich 400 % der Tagespreise vom Juli 1922 erzielt. Die von Schlüter ersteigerten 30 Bau- und Hagstangen waren von ihm nicht bestellt, sondern wurden von ihm bei einem Ausbot von 1680 Mk. um 2020 Mk. ersteigert, wobei andere mitsteigerten. Bei der Versteigerung wurde bekannt gemacht, daß eine Weiterveräußerung nicht gestattet sei. Der Verkauf ist also in einwandfreier,

den gesetzlichen Vorschriften entsprechender Weise erfolgt. Schlüter hat nun die Stangen, wie er selbst zugibt, am 6. Oktober 1922 um den Preis von 50 110 Mk. an den Holzhändler Karl Seyfried hier weiterveräußert. Er gibt an, daß er sich hierzu für befugt hielt, weil er die Stangen in öffentlicher Versteigerung erworben habe und weil sich die 2 Geschäfte, für die er die Stangen ersteigert habe (Friedhofeinzäunung und Blochhaus) wieder zerklüften und er die Stangen nicht verderben lassen konnte. Der Preis von 50 110 Mk. entspreche den vom August bis Oktober 1922 beträchtlich gestiegenen Holzpreisen, auch habe er große Kosten mit der Befuhr gehabt, dazu noch die Geldentwertung komme. Seyfried habe die Stangen zu beträchtlich höheren Preisen an W. Eitel, Maurer und Gemeinderat weiterveräußert und dieser an die Holzhandlung Hänn u. Co. Die Preise, die Eitel und Hänn bezahlten, konnten nicht einwandfrei festgestellt werden. Die Stangen sind nicht mehr vorhanden und konnten daher nicht beschlagnahmt werden. Der Gemeinderat spricht dem Gemeinderatsmitglied Karl Schlüter wegen des Weiterverkaufs der Stangen sein Befremden aus und legt die Akten der Amtsanwaltschaft Neuenbürg zur weiteren Behandlung vor.

Bei diesem Anlaß kommt der Gemeinderat auch auf die rechtzeitige und günstige Versorgung der Stadt mit Kohlen und Koks zu sprechen, die, wie es scheint, den Unwillen der Kohlenhändler hervorgerufen hat. Bekanntlich ist es der Stadtgemeinde gelungen, durch ein Abkommen mit der Firma Thyssen noch vor Neujahr 12 360 Zentner Koks und Kohlen hereinzubekommen. Wie nötig und fürsorglich dies war, beweist die inzwischen eingetretene Kohlenperre. Die Firma Thyssen hat diese 12 360 Zentner Koks und Kohlen zum Großhandelsfestpreis vom 22. Dezember 1922 gegen Ueberlassung von 500 Fm Gruben- und Stempelholz zum Festpreise von 43 000 Mk. für ein Fm. geliefert. Die Gesamtkosten der 12 360 Zentner Koks und Kohlen berechnen sich folgendermaßen:

Koks und Kohlen	24 043 009 Mk.
Fracht und Befuhr	9 841 732 Mk.
Wagenstandsgeld	91 300 Mk.
Tagelöhne für Auf- u. Abladen	370 367 Mk.

so daß ein Zentner ineinandergerechnet kostet 2777 Mk.

Der Verkaufspreis von Brechkoks I und II beträgt ab 1. Februar 1923 in Stuttgart 9068 Mk., von Rußkohlen 7897 Mk. je Zentner. Die Stadt hat also bei dem Geschäft recht günstig abgeschnitten. Wenn die Stadt anstelle von je 1 Nm. Brennholz zum Holzhauserlohn zehn Zentner Koks zum ungefähren Frachtsatz von 800 Mark abgibt, so genießt der Einwohner und Nutzungsbürger gegenüber den Februarpreisen eine ganz beträchtliche Ermäßigung, die sich jedermann selbst ausrechnen kann. Die Stadtgemeinde kann dies nur leisten, weil sie das hiedurch frei werdende Brennholz teilweise als Grubenholz verwenden kann.

Es ist Tatsache, daß sich ein Händler (kein Kohlenhändler) Bezugscheine von Bezugsberechtigten in Höhe von ca. 70 Zentner verschafft hat; zu welchem Zweck dies geschah, kann man sich denken. Eine Schädigung der Kohlenhändler war und ist nicht beabsichtigt. Das Abkommen mit Thyssen erfolgte ausdrücklich unter dem Vorbehalt, daß die normale Belieferung der Stadt durch den Reichskohlenkommissar nicht beeinträchtigt werden dürfe. Inzwischen sind durch die Besetzung des Ruhrgebiets allerdings andere Verhältnisse eingetreten. Den Kohlenhändlern wurde außerdem nahegelegt, wenn ihnen der Absatz eines eintreffenden Kohlenwagens nicht möglich sein sollte, sich hiewegen an die Stadt zu wenden. Die Stadt ist durch das Abkommen für diesen Winter mit Brennmaterial eingedeckt und was noch wichtiger ist, sie hat sich für ihre Gasfabrik eine lebensnotwendige Reserve geschaffen.

Es werden noch Armsachen und eine Reihe kleinerer Gegenstände erledigt.

Höchstpreise für Mehl und Brot.

Das Fortschreiten der Geldentwertung und damit die Preissteigerung auf allen Gebieten, insbesondere beim Arbeitslohn und den Materialien des Bäckergewerbes, macht eine neue Erhöhung des Mehl- und Brotpreises notwendig. Diese betragen nun für Kommunalverbandsmehl und Brot ab 16. Februar 1923:

1. Großhandelspreis:

Bei Brotmehl im Mischverhältnis von halb Weizen und halb Roggen einschließlich der Zufuhr zu den Verforgungsstellen pro 100 Kg. Mk. 31 000.—

2. Kleinhandelspreis:

Brotmehlmischung Mk. 350.— für 1 Kilo.

3. Brotpreis:

1 Hausbrot zu 930 Gramm Mk. 325.—

Ausdrücklich wird bemerkt, daß die neuen ab 16. Febr. 1923 gültigen Brotmarken nur noch für 700 Gr. Mehl und 930 Gr. Brot gelten, gegenüber den seitherigen Brotmarken, die für 750 Gr. Mehl und 1000 Gr. Brot galten. In der seitherigen Mehrlation tritt eine Kürzung dadurch nicht ein.

Neuenbürg, den 14. Februar 1923.

Oberamt: Wagner.

Bekannt gegeben.

Wildbad, den 16. Februar 1923.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Kleine Anzeigen haben im „Wildbader Tagblatt“ den besten Erfolg.



60 Seiten u. mehr Umfang „Schwarzwälder Bote“ in Oberndorf am Neckar (Würtbg.) seinen Lesern.

Schnellste telegraphische Berichterstattung über alle Vorgänge im In- und Ausland. Umfangreiches und erfolgreichstes Anzeigenblatt. Bestellen Sie noch heute durch den Briefträger oder bei der nächsten Postanstalt.

Bezugspreis für den Monat März 2600 Mark.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden und Kameradinnen zu unserer am Samstag, den 17. Februar 1923 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Hotel Weil freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen.

Robert Schmid. Anna Krautwasser

Ausgang um 12 Uhr.

Düten u. Beutel, sowie Einwickelpapier empfiehlt billigt E. Reinhardt.

Kaufe fortwährend: Alt Gold, Silber, und Edelmetalle, zu höchsten Tagespreisen. G. Zinser, Juwelier.

3—4 Zentner

Seu

zu verkaufen.

Wo? sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Husten-Bonbon, Husten-Tropfen, Husten-Tee.

A. u. W. Schmit, Med.-Drogerie.

Gummistempel Stempelkissen

liefert stets rasch und billig

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Herren-Anzüge, Ulster, Schläpfer, Feldgraue Hosen, Manchester-Hosen, Gestreifte Sonntagshosen, Buglin-Hosen, Zwirnshosen, Engl. Lederhosen, Winterlobenkittel, Windjacken, Arbeitsmäntel, Drilich-Anzüge, Blaue Arbeitsanzüge, Schuhwaren, offeriert Weintraub, Karlsruhe, Kronenstr. 52.

Photo-Atelier geöffnet Sonntags von 11-3 Uhr. E. Reinhardt.

